

FAZIT Europa – Chancen für die weitere Integration

Europa steht vor einem tiefgreifenden Wandel. Der EU-Konvent zur Zukunft Europas eröffnet die historische Chance, die Integrationsidee neu zu entwickeln. Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund der Osterweiterung und der veränderten sicherheitspolitischen Lage nach dem 11. September zwingend notwendig. Entscheidungsstrukturen und Verteilungsmechanismen müssten geregelt, sowie die militärische Handlungsfähigkeit der Europäer gewährleistet werden, forderten die Teilnehmer des sechsten FAZIT-Forums, das vom Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P), der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und dem DeutschlandRadio regelmäßig veranstaltet wird.



Die Teilnehmer des FAZIT-Forums diskutierten über die Arbeit des EU-Konvents, die Erweiterung, die Sicherheitspolitik und über Rechtspopulismus in Europa. Im Bild: Dr. Wolfgang Schäuble, C·A·P-Direktor Professor Werner Weidenfeld und die Vertreterin des britischen Parlaments im EU-Konvent Gisela Stuart (v.l.n.r.).

Dabei besinne sich Europa wieder auf den ursprünglichen Impuls der europäischen Integration, so der italienische Europaminister Rocco Buttiglione. Die Schaffung von Frieden sei wieder in das Bewusstsein der Menschen gerückt, nachdem dieses Ziel lange Zeit als Selbstverständlichkeit aufgefaßt worden sei. Gemeinsam forderten Buttiglione, der CDU-Politiker Dr. Wolfgang Schäuble und Dr. Klaus Hänsch, Mitglied im Konvents-Präsidium, eine Stärkung der demokratischen Legitimation der europäischen Entscheidungsprozeduren. Die EU müsse sich bemühen, die Menschen dazu zu bringen, sich als Europäer zu fühlen, sagte Gisela Stuart, Vertreterin des britischen Parlaments im EU-Konvent, ansonsten werde die weitere Integration nicht gelingen.

Für eine Gleichbehandlung der Beitrittsländer sprach sich der ehemalige spanische Außenminister Josep Piqué aus. Die kommenden Erweiterungsverhandlungen sollten auf der „Basis des gegenwärtigen Besitzstandes stattfinden“ und zukünftige Reformen der Gemeinschaftspolitiken nicht vorwegnehmen. Dass die Erweiterung Geld koste, sei nicht zu vermeiden.

Fortsetzung auf Seite 3

I N H A L T

C·A·Prolog

Nachhaltigkeit und Politik 2

C·A·Programm

FAZIT Europa	1 + 3
Karlspreis-Europa-Forum	4
Amerikanische China-Politik unter George W. Bush	5
Neue Dynamik für die transatlantischen Beziehungen	7
Integration auf dem Balkan	8
Die Ukraine auf dem Weg nach Westen	9
Tietmeyer verteidigt den Stabilitätspakt	9
Neues C·A·P-Projekt über Rechtsextremismus	10
Politikberatung in Deutschland	11
Jugendkonvent in Saarbrücken	12

C·A·Personalia

Integrations-Wettbewerb 14

C·A·Publikationen

Neuerscheinungen 15

C·A·Postskriptum

Rechtspopulismus in Europa 16

C·A·Planung 16



Jürgen Turek
Geschäftsführer des C·A·P

Nachhaltigkeit und Politik

Die Bundesrepublik Deutschland steht kurz vor einer wichtigen Entscheidung. Die Frage ist: Wird die rot-grüne Koalition nach nur einer Legislaturperiode bereits wieder abgewählt und eventuell durch eine schwarz-gelbe Regierung ersetzt? Oder werden die Stimmenverhältnisse im Deutschen Bundestag so arrangiert, dass nur eine große Koalition, ein Dreierbündnis oder eine durch die PDS tolerierte rot-grüne Koalition für Regierungsfähigkeit sorgen? Das Ergebnis ist schwer zu kalkulieren, die Lage unberechenbar. Vieles hängt von der Mobilisierung der Wähler ab. Der Wahltag wird für große Spannung sorgen.

Gegenüber der unberechenbaren politischen Stimmung im Lande will der Bürger aber eine berechenbare Politik. Hier liegt der aktuelle Berührungspunkt der Wahl mit einer nachhaltigen Politik. Die Menschen wollen Gewissheit über die Stabilität der Gesellschafts- und Generationenverträge, über Lebensqualität, sozialen Zusammenhalt und, nicht erst nach den verheerenden Überschwemmungen im Osten Deutschlands, über Umweltqualität. Wechselnde Stimmungen und – im Gefolge – volatile politische Bündnisse erschweren eine nachhaltig angelegte Politik. Doch diese ist für Deutschland nötiger denn je. Auch wenn mit der Rentenreform eine gewisse Stabilisierung der Alterssicherung erreicht worden ist, so stehen auf dem Arbeitsmarkt und im Gesundheitswesen wirklich tiefgreifende Reformen noch weitgehend aus.

Doch nicht nur diese zwei zentralen Politikfelder erfordern Nachhaltigkeit in der Politik. Wir leben in einer Zeit rascher Veränderungen, die viele der gewohnten Lebenswelten der Industriegesellschaft in ein anderes Miteinander umwandelt. Moderne Globalität, technologische Innovation und demographischer Wandel strahlen auf alle gesellschaftlichen Teilsysteme – auf Wirtschaft, Politik, Recht, Familie, Erziehung, Wissenschaft, Kunst, Religion und Medizin – in unterschiedlicher Weise aus. Die Industriegesellschaft wird durch die „Transnationale Technologiegesellschaft“ abgelöst. Das ist das Etikett der Zukunftsgesellschaft. Sie fordert gewohnte politische Konzepte und Politikstile heraus. Zu ihren wesentlichen Merkmalen gehören neue soziale Asymmetrien, Störanfälligkeiten einer zunehmend vernetzten Gesellschaftswelt und, insbesondere, eine enorme Beschleunigung des sozio-ökonomischen Wandels. Wir erleben im Zeitraffer, „wie Zukunft entsteht“.

Das ist auch der Titel eines neuen Buchs, das am Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) entstanden ist. Es stellt zahlreiche internationale Bezüge her und widmet sich den gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen des Wandels. Der Befund ist dabei zunächst ambivalent: Sozioökonomische Verflechtung und technologische Innovationen inspirieren zu atemberaubenden Höhenflügen bei den Vorstellungen über neue Gestaltungsmöglichkeiten, und trotzdem wachsen gleichzeitig ein Unbehagen am „Turbokapitalismus“ und Ängste vor Risiken des technischen Fortschritts, der vielen

undurchschaubar, fast unheimlich erscheint. Für die einen werden Globalisierung und technologische Innovation zum Heilsversprechen – für die anderen sind sie die modernen Reiter der Apokalypse. Und schließlich wird uns immer stärker bewusst, dass die deutsche Bevölkerung überaltert und gleichzeitig schrumpft, was zur Frage einer nachhaltigen gesellschaftlichen Ordnung führt. Das Buch wendet sich diesen vielschichtigen Vorgängen zu. Es entwickelt schließlich Optionen, welche politischen Konzepte den Wandel sozialverträglich steuern können.

WERNER WEIDENFELD/
JÜRGEN TUREK: **WIE
ZUKUNFT ENTSTEHT.
GRÖßERE RISIKEN –
WENIGER SICHERHEIT –
NEUE CHANCEN.**
Gerling Akademie
Verlag 2002, ISBN 3-
932425-46-4, 240
Seiten, 24,90 Euro



Jürgen Turek

Fortsetzung von Seite 1

Der stellvertretende C·A·P-Direktor Josef Janning regte an, die EU-Verteilungsmechanismen im Rahmen eines europäischen Finanzausgleichs zu organisieren.

Europa sollte auch militärisch handlungsfähig sein. Es dürfe nicht dazu kommen, so die CDU-Vorsitzende Dr. Angela Merkel, dass sich die USA und Russland künftig alleine über die großen sicherheitspolitischen Linien einigten, während der Rest der NATO, nicht mehr angemessen beteiligt sei. Als Voraussetzungen für eine einflussreiche Rolle der Europäer nannte der Generalinspekteur der Bundeswehr a.D. Klaus Naumann eine militärische Infrastruktur und sicherheitspolitische Fähigkeiten einer europäischen Armee.

Eine 60.000 Mann starke europäische Eingreiftruppe sei dabei nicht genug. Dem widersprach Dr. Walther Stütze, Staatssekretär im deutschen Verteidigungsministerium, indem er auf Fortschritte in der euroatlantischen Sicherheitspartnerschaft hinwies, etwa durch die Beteiligung europäischer Soldaten an internationalen militärischen Missionen auf dem Balkan und in Afghanistan. Dennoch sollten friedliche Mittel der Konfliktprävention beachtet werden, meinte Carl Bildt, der frühere schwedische Ministerpräsident. Das amerikanische Befremden über die europäische Debatte brachte der Direktor des Aspen Instituts, Dr. Jeffrey Gedmin, zum Ausdruck. Offenbar gehe es den Europäern mehr darum, wie etwas getan werden müsse, als darum, das etwas getan werden müsse.

Das Forum endete mit einer Debatte um Rechtspopulismus in Europa, die bereits im Vorfeld Aufsehen erregt hatte. Der Kärntner Landeshauptmann und Rechtspopulist Dr. Jörg Haider hatte den deutschen Außenminister Dr. Joseph Fischer als „Sympathisanten des Linksterrorismus“ bezeichnet und wurde deswegen von der Veranstaltung ausgeladen, auf der er eigentlich von zwei Journalisten energisch befragt werden sollte.

Fischer nannte die Diskussion über rechtspopulistische Bewegungen in Europa eine „große Chance“. Das Thema dürfe nicht nur in geschlossenen Räumen diskutiert werden. Fischer zeigte sich zudem überzeugt, dass die Mehrheit der Bürger von den Vorteilen Europas überzeugt sei. Die europäische Integration biete Möglichkeiten zur Gestaltung internationaler Politik im europäischen Sinne. Einzelne Staaten alleine könnten für sich keine Souveränität mehr gewinnen. Fischer warnte, falls sich der Rechtspopulismus in Europa durchsetze, bedeute dies ein „Nein“ zur Erweiterung der Union. Der Außenminister drang deshalb auch darauf, die Erweiterung mit hoher Aufmerksamkeit und Geschwindigkeit weiter zu betreiben. Es sei die falsche Konsequenz, wegen des „Euro-Frustes“ das Tempo der europäischen Integration zu verlangsamen. Fischer sprach sich zudem für den Aufbau einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik aus, sonst drohe Europa den Anschluß zu verlieren. Weder die USA noch Russland würden „auf Europa warten, wenn es in Europa nicht vorangeht“.

Weitere Informationen unter http://www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/news/2002_06_fazit.htm und bei Jürgen Turek, Tel.: 089 – 2180 1300.



„Europa besinnt sich wieder auf die Schaffung von Frieden.“ Der italienische Europaminister Rocco Buttiglione.



Warnte vor den Gefahren des Rechtspopulismus in Europa: Außenminister Dr. Joseph Fischer.

Das FAZIT-Forum fand im Innenhof des FAZ-Verlagsgebäudes in Berlin statt. Rund 120 Zuhörer verfolgten die Diskussionen in diesem Jahr.



Karlspreis-Europa-Forum zu Ehren des Euro

Der Euro ist ein würdiger Träger des Karlspreises 2002. Zusammen mit dem Binnenmarkt stellt die Währungsunion die strategische Antwort Europas auf die Internationalisierung der Wirtschaft dar. Es entsteht ein ökonomisches Umfeld, das der Sicherung von Preisstabilität, der Mobilisierung von Wachstumskräften und der dringend benötigten Modernisierung der europäischen Volkswirtschaften förderlich sein wird.

Doch können der Euro und die Wirtschaftsintegration nur ein Pfeiler sein, um die größer werdende Union auf die Herausforderung der Zukunft vorzubereiten. Europa braucht dazu eine breit angelegte Zukunftsstrategie. Deshalb hatten die Stadt Aachen, das Karlspreisdirektorium und die Karlspreisstiftung zusammen mit der Bertelsmann Stiftung am Tag vor der Preisverleihung 80 hochrangige Persönlichkeiten eingeladen, um über die künftige Entwicklung Europas nachzudenken. Diskussionsgrundlage für das Karlspreis-Europa-Forum war das Impulspapier „Europas Reform denken“, das vom C·A·P vorgelegt worden ist. Es entwickelt strategische Leitlinien für die vier zentralen Integrationsprojekte, die im Mittelpunkt des Karlspreis-Europa-Forums standen.

Der slowakische Staatspräsident Rudolf Schuster eröffnete das Forum mit einer Grundsatzrede über die europäische Identität und den Zusammenhalt Europas. Die Debatte folgte zunächst der Frage, wie die zukünftige Gestalt einer europäischen Sicherheitsordnung aussehen kann, mit der sich Europa angesichts der neuen sicherheitspolitischen Lage als internationaler Akteur behauptet. Zweites großes Thema waren die politischen und finanziellen Folgefragen der Erweiterung. Kritisch hinterfragt wurden die Möglichkeiten des Reformkonvents, trotz unterschiedlicher integrationspolitischer Ansätze die Regierbarkeit Europas zu sichern. Die Frage nach den politischen Konsequenzen des Euro schloss die Veranstaltung ab. Die Ergebnisse der Konferenz werden in Kürze als Dokumentation bereitgestellt. Abseits des politischen Tagesgeschäfts wurde den Teilnehmern unter der Leitung des C·A·P-Direktors Professor Werner Weidenfeld

die Gelegenheit zum freien Gedankenaustausch geboten, um so dem europäischen Integrationsprozess von Aachen aus neue Impulse zu geben.

Zu den prominenten Teilnehmern des Karlspreis-Forums gehörten neben dem slowakischen Präsidenten Rudolf Schuster unter anderem der Präsident der Europäischen Zentralbank, Dr. Wim Duisenberg, der ehemalige polnische Außenminister und Karlspreisträger von 1998, Professor Bronislaw Geremek, sowie der ehemalige deutsche Außenminister Dr. Klaus Kinkel.

Download des C·A·P-Papiers „Europas Reform denken“ unter www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/news/2002_05_karlspreis.htm. Weitere Informationen bei Dr. Claus Giering, Tel.: 089 – 2180 1317.



Vor der Karlspreisverleihung an den Euro diskutierten die Teilnehmer des Karlspreis-Europa-Forums auf der Grundlage eines C·A·P-Positionspapiers über die europäische Integration. Im Bild: Präsident der Europäischen Zentralbank Dr. Wim Duisenberg (links) zusammen mit C·A·P-Direktor Professor Werner Weidenfeld.
Foto oben: EU-Kommission

Zwischen Kooperation und Konfrontation

Amerikas China-Politik unter George W. Bush

Von Franco Algieri und Wolfgang Bücherl

Eineinhalb Jahre nach dem Amtsantritt von George W. Bush sucht die amerikanische China-Politik nach ihrer strategischen Ausrichtung. Zwar hatte der Präsident zunächst die Zeichen auf Konfrontation gestellt, indem er China als „Strategic Competitor“ bezeichnete, doch verlief das Krisenmanagement nach einer Konfrontation zweier Militärflugzeuge über dem südchinesischen Meer recht unkompliziert. Bush verdeutlichte im April, dass die Vereinigten Staaten alles tun würden, um Taiwan im Falle einer Bedrohung durch die Volksrepublik zu verteidigen, doch zugleich erklärten amerikanische Regierungsstellen, die USA verfolgten nach wie vor eine „Ein-China“-Politik, in der sie die Unabhängigkeit Taiwans nicht vorsehen.

Den Eindruck der Unbestimmtheit amerikanischer China-Politik ändert auch nicht die Zusammenarbeit Chinas und Amerikas im Rahmen der Anti-Terrorkoalition. Die aus der Not geborene Kooperation, die sich unter anderem über eine Verständigung im UN-Sicherheitsrat zu Afghanistan, chinesische Nahrungsmittelhilfe für das Land, die Erklärung von Shanghai, den Austausch von Geheimdienstinformationen und das Einfrieren von Konten für Terroristen erstreckt, ist nicht tiefgreifend genug, um eine neue Ära in den bilateralen Beziehungen zu eröffnen. Schwer wiegen Altlasten wie die stockenden Verhandlungen zu Waffenkontrollvereinbarungen. Hinzu kommen neue Herausforderungen, wie die US-Raketenabwehr, die Peking mißtrauisch beäugt. Ob das für Oktober geplante Gipfeltreffen zwischen Bush und dem chinesischen Staatschef Jiang Zemin auf diesen Gebieten zu Fortschritten führen wird, bleibt abzuwarten.

Dagegen erschienen die US-Wirtschaftsbeziehungen mit Peking geradliniger. Der WTO-Beitritt Chinas im Dezember 2001 war der Höhepunkt amerikanischer – und europäischer – Bemühungen, den potenziell größten Markt der Erde für westliche Unternehmen zu öffnen. Mittlerweile stellen jedoch amerikanische Unternehmer, Wissenschaftler und Kongressabgeordnete immer öfter die Frage, ob China überhaupt in der Lage sei, die notwendig gewordenen Reformen durchzuführen. Auch auf Regierungsebene haben die wirtschaftlichen Beziehungen gelitten. Die Ankündigungen Amerikas, Subventionen für die eigene Landwirtschaft zu erhöhen und Zölle von bis zu 30 Prozent auf bestimmte Stahlimporte zu erheben, sorgten nicht nur in Europa für Verärgerung. Der stellvertretende Handelsminister Chinas, Long Yongtu, fragte, warum China im Rahmen seiner WTO-Verpflichtungen Hilfen und Preisgarantien für seine Bauern reduzieren sollte, wenn Amerika den umgekehrten Weg gehe. Zudem hat China – wie auch die EU – im Stahlstreit mit Gegenmaßnahmen gedroht.

Um die Problemfelder in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen zu erfassen und weiterführende Ideen zu entwickeln, kamen am 11. und 12. Juli Experten aus den USA, China und Europa im C·A·P zusammen. Es war bereits das zweite Treffen im Rahmen des vom German Marshall Fund unterstützten Transatlantik-Projekts „Improving Responsiveness“ und des EU-China-Projekts, das Entwicklungen in den Beziehungen zwischen China, Europa und den USA kritisch begleitet. Das C·A·P wird auch künftig diesen sino-amerikanisch-europäischen Dialog fortführen.

Eine Dokumentation des Roundtables mit Downloads der Redebeiträge ist unter www.cap.uni-muenchen.de/transatlantic.index.htm abrufbar. Weitere Informationen bei Wolfgang Bücherl, Tel.: 089 – 2180 1320 und bei Franco Algieri, Tel.: 089 – 2180 1318.



Wird er notfalls Taiwan gegen die Volksrepublik China verteidigen helfen? Der in Japan stationierte Flugzeugträger USS Kitty Hawk.
Foto: US Navy



Blick vom Veranstaltungsort der zweiten Transatlantik-Konferenz in Tremezzo auf den Comer See.

Young Leaders Konferenz: Das transatlantische Verhältnis wird sich freier gestalten

„Das transatlantische Paradigma existiert nicht mehr!“ Dieser Ausruf des amerikanischen Sicherheitsexperten Ivo Daalder ph.D. von der renommierten Washingtoner Brookings Institution hätte jede der üblichen Beratungsrunden alarmiert – nicht jedoch den Kreis der kommenden Entscheidungsträger, der zur zweiten Transatlantik Konferenz in Tremezzo am Comer See zusammenkam. Im Zuge der entspannten Haltung der neuen Generation entsteht ein bemerkenswert konstruktiver Dialog, der zwar Kontroversen zulässt, sich aber von den negativ geprägten Diskussionen der Vergangenheit fundamental unterscheidet: die neue Generation geht gelassen mit der Lockerung traditioneller Bindungen im transatlantischen Verhältnis um. Im grundlegenden Wandel der Weltmacht Amerika nach dem 11. September 2001 sehen die jüngeren Amerikaner wie Europäer nicht primär den Zerfall des Alten, sondern eine Erneuerung interessen geleiteter Weltpolitik auf beiden Seiten des Atlantik.

Unter Leitung des C·A·P-Direktors Professor Werner Weidenfeld wurde am Comer See intensiv über sicherheits- und wirtschaftspolitische Themen diskutiert sowie über außenpolitische Strategien und wirtschaftliche Perspektiven gestritten. Besonders deutlich wurden die Unterschiede zwischen Amerikanern und Europäern bei Fragen des internationalen Rechts und der Rolle von internationalen Institutionen und Abkommen wie dem Kyoto-Protokoll und dem Internationalen Strafgerichtshof. In vielen Bereichen der Sicherheitspolitik werde man künftig nicht automatisch zusammenarbeiten, so die Schlussfolgerung der dreitägigen Runde. Doch würde es auch künftig intensive Kooperation in außen- und wirtschaftspolitischen Fragen geben. Ziele und Prioritäten werden Amerikaner und Europäer immer wieder zusammenführen, so die Einschätzung der jüngeren Vertreter aus Regierungen, internationalen Organisationen, Think Tanks, der Wirtschaft und den Medien.

Mit ihren jährlichen Zukunftskonferenzen wollen die Bertelsmann Stiftung, das C·A·P und der German Marshall Fund Schlüsselthemen der transatlantischen Agenda aufnehmen und Möglichkeiten der engeren Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA erarbeiten.

Weitere Informationen unter www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/news/2002_06_us_europa.htm und bei Nicole Schley, Tel.: 089 – 2180 1338.

US-Europäische Zusammenarbeit möglich

Da traditionelle Bindungen im transatlantischen Verhältnis nicht mehr automatisch eine reibungslose Kooperation zwischen Europa und den Vereinigten Staaten garantieren, braucht das Verhältnis einen stabilen und regelmäßigen Austausch zwischen Amerikanern und Europäern. Anlässlich seines Besuches am C·A·P plädierte der Präsident des German Marshall Fund of the United States, Craig Kennedy, für einen umfassenden transatlantischen Dialog, der das Potenzial in den USA und Europa zur Gestaltung einer globalen Ordnung nutzen sollte.

Für aktuelle Verständigungsprobleme sorgten vor allem unterschiedliche Bedrohungsperzeptionen, sagte Kennedy. Die USA thematisierten Gefahren durch Terrorakte oder Massenvernichtungswaffen stärker als die Europäer. Hinzu komme der Gegensatz zwischen europäischen Ideen von internationaler Zusammenarbeit und amerikanischen unilateralen Tendenzen. Eine transatlantische Annäherung sei trotzdem möglich, meinte Kennedy. So könnten etwa die USA verstärkt auf Konfliktmanagement setzen und die Europäer als einheitlicher Akteur und damit vertrauenswürdiger Partner der USA auftreten.

Weitere Informationen bei Wolfgang Bücherl, Tel.: 089 – 2180 1320.



Beim Eintrag in das Gästebuch des C·A·P: der Präsident des German Marshall Fund Craig Kennedy (sitzend), C·A·P-Direktor Professor Werner Weidenfeld (links) und der stellvertretende C·A·P-Direktor Josef Janning (rechts).

Neue Dynamik für die transatlantischen Beziehungen

Strategiegruppen bereiten hochrangige Konferenz vor

Der transatlantische Dialog gestaltet sich immer schwieriger. Der Kampf gegen den Terrorismus, die zukünftige Rolle der NATO sowie die neuen Beziehungen zu Russland prägen die Agenda der beiden Partner USA und EU. Um erneut positive Dynamik in die Beziehungen zu bringen hat das C·A·P zusammen mit der Bertelsmann Stiftung die neuen transatlantischen Strategiegruppen „Internationale Sicherheit“ sowie „Wirtschaft, Handel und Finanzen“ ins Leben gerufen. Die Gruppen werden im Laufe der kommenden zwei Jahre Interaktionsebenen zwischen Wirtschaft und Sicherheit erörtern, Strategieempfehlungen zur engeren Kooperation zwischen der EU und den USA erarbeiten und ein hochrangiges transatlantisches Bertelsmann-Forum vorbereiten. Die Auftaktveranstaltung über die Zukunft der transatlantischen Beziehungen fand unter Leitung des C·A·P-Direktors Professor Werner Weidenfeld am 11. und 12. Juli in Berlin statt.

Professor Javier Solana, der Hohe Repräsentant der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, forderte in seiner Rede die USA auf, im Streit um den Internationalen Strafgerichtshof auf Europa zuzugehen. „Ich hoffe, dass die USA noch einmal überlegen und das Gericht seinen Wert beweisen lassen“, erläuterte Solana. Europa wolle mit seinem Eintreten für den Strafgerichtshof die USA nicht in ihren Handlungen einschränken. Internationale Verpflichtungen hätten auch nicht allein die USA. Europa stelle ebenso Friedenstruppen und sehe sich dennoch nicht vom neu geschaffenen Strafgericht in Den Haag bedroht.

Solana sagte weiter, die Beziehungen zwischen Europa und den USA seien in politischen und Sicherheitsbereichen noch weit von Ausgewogenheit entfernt. „Selbst die besten Freunde sind nicht in allen Dingen einer Meinung“, sagte Solana. Eine gleichberechtigte Beziehung drücke sich aber in der Fähigkeit aus, verantwortlich miteinander umzugehen, ob es um Konflikte wie den Internationalen Strafgerichtshof gehe oder Streitigkeiten um Stahl und Klimaschutz. Globale Probleme wie der Klimawandel und der internationale Terrorismus brauchten globale Lösungen.

Weitere Teilnehmer waren der Vorsitzende der „International Crisis Group“, Martti Ahtissari, und der stellvertretende Direktor des Carnegie Centers in Moskau, Dimitri Trenin. Chairmen für die Sicherheitsgruppe waren Dr. Walther Stütze (Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung) und John Hamre (Center for Strategic and International Studies in Washington). Die Wirtschaftsgruppe leiteten Caio Koch-Weser (Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen) und Dr. Fred Bergsten (Washingtoner International Economic Institute).

Weitere Informationen unter www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/news/2002_07_transatlantic.htm und bei Nicole Schley, Tel.: 089 – 2180 1338.



Wollen neue Dynamik in die transatlantischen Beziehungen bringen: Teilnehmer der Berliner Konferenz, die den Auftakt zu nachfolgenden Strategietreffen bildete.

Bild links: Caio Koch-Weser (Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen), Professor Werner Weidenfeld (C·A·P-Direktor), Dr. Walther Stütze (Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung), Dr. Alyson Bailes (SIPRI-Direktorin), Nicole Schley (C·A·P) (v.l.n.r.)

Bild Mitte: Dr. Dieter Zetsche (Präsident und CEO DaimlerChrysler, Auburn Hills, USA), Ana Botín (Präsidentin Banesto), Dr. Paul Achleitner (Vorstandsmitglied Allianz) (v.l.n.r.)

Bild rechts: Generalsekretär, Hoher Vertreter der GASP Professor Javier Solana.



Den Balkan vereinen

Der beste Gradmesser für Fortschritte oder gar Paradigmenwechsel in einer Region sind Konferenzzyklen mit einem festen Teilnehmerkreis. Dass sich klare Entwicklungen bei der diesjährigen Balkan-Konferenz abgezeichnet hatten, das zeigte bereits die Tagesordnung, die mit den Themen EU-Beitritt und regionale Kooperation den Schwerpunkt auf Integration und nicht mehr auf Konfliktbewältigung legte. Aus „Negotiating the Balkans“ im Vorjahr wurde „Integrating the Balkans“.

Im Mittelpunkt der Debatte standen Perspektiven eines EU-Beitritts von Ländern der Region sowie deren Fähigkeiten, regionale Kooperation selbst in die Hand zu nehmen. Kontrovers diskutiert wurde die EU-Strategie einer „robusten Vermittlung“ während der Mazedonien-Krise und beim Belgrader Abkommen für eine neue Union zwischen Serbien und Montenegro. Im Abschlusspanel kritisierten Vertreter aus Balkanstaaten die mangelnde Kohärenz und Komplementarität der EU-Strategie für Südosteuropa, gerade angesichts des Spannungsfelds zwischen der Förderung regionaler Kooperation und der Aussicht auf einen EU-Beitritt. Auch Erfolge des Krisenmanagements seien nicht immer kompatibel mit den Anforderungen des für Südosteuropa entworfenen Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses.

Der bewusst klein gehaltene Teilnehmerkreis umfasste Schlüsselakteure aus der Region, der EU und aus den europäischen

Hauptstädten. Vertreten waren der serbische Vizepremier Dr. Zarko Korac, der vor kurzem zurückgetretene montenegrinische Außenminister Branko Lukovac sowie Dr. Ljubomir Frckoski, der ehemalige mazedonische Außenminister und heutige Präsidentenberater. Die Veränderungen in der Region demonstrierte am deutlichsten die Kosovo-Delegation, die im letzten Jahr noch aus mehreren zerstrittenen albanischen und serbischen Parteienvertretern bestand. Diesmal reisten der neue Premierminister des Kosovo, Bajram Rexhepi, und der serbische UNMIK-Berater für Flüchtlingsfragen, Nenad Radosavljevic, nach Berlin.

Rexhepi nutzte die Konferenz am Rande zu einem Vier-Augen-Gespräch mit dem deutschen Außenminister Dr. Joseph Fischer und zu Medienauftritten, um die Bevölkerung des Balkans von der Notwendigkeit einer politischen Zusammenarbeit zu überzeugen.

Die vier Eckpfeiler der westlichen politisch-militärischen Balkanstrategie waren personell durch Dr. Erhard Busek (Sonderkoordinator für den Stabilitätspakts), Dr. Reinhard Priebe (EU-Kommission, Generaldirektion Außenbeziehungen), Dr. Stefan Lehne (aus dem Stab des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) und Diego Ruiz Palmer (NATO) vertreten. Die Konferenz fand in Zusammenarbeit mit dem Planungsstab des Auswärtigen Amts am 15. und 16. Juli in Berlin statt.

Weitere Informationen unter www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/news/2002_07_balkans.htm und bei Dr. Wim van Meurs, Tel.: 089 - 2180 1339.



Die Teilnehmer von „Integrating the Balkans“ im Europasaal des Auswärtigen Amts. Im vergangenen Jahr stand noch Konfliktbewältigung im Vordergrund, nun ging es um Integration der Balkanregion.



Warb für die Zusammenarbeit auf dem Balkan: der Ministerpräsident des Kosovo Bajram Rexhepi (links) zusammen mit Bundesaußenminister Dr. Joseph Fischer.

Hin zu einer neuen Nachbarschaftspolitik

Im Mai diesen Jahres hat die Ukraine ihre Absicht, der NATO beizutreten bekundet. Die EU-Mitgliedschaft strebt Kiew bereits seit 1998 an. Die außenpolitische Orientierung des Landes entspricht jedoch nur bedingt dem Entwicklungsstand der Transformation. Zwar verzeichnet die Ukraine seit 2000 ein wirtschaftliches Wachstum und macht strukturelle Reformfortschritte, dennoch hinkt das Land hinter den osteuropäischen EU-Beitrittskandidaten hinterher. Korruption, organisierte Kriminalität, Waffenhandel und illegale Migration machen die Ukraine zu einem riskanten Nachbarn für den Westen.

Die EU steht nun unter Handlungsdruck. Das bisherige Konzept von Partnerschaft und Kooperation stellt sich dabei als unzulänglich heraus. Gleichzeitig ist die EU aber weder willens noch in der Lage, der Ukraine mittelfristig eine Beitrittsperspektive anzubieten. Beide Akteure stehen vor der Herausforderung, eine Politik der direkten Nachbarschaft zu entwickeln. Diese Aufgabe stellt sich auch für Moldawien und Weißrussland – entsprechend ihrer künftigen Entwicklung.

Am 12. Juli luden die Bertelsmann Stiftung und das C·A·P Entscheidungsträger und Analytiker nach Kiew ein, um eine Agenda für die Nachbarschaftspolitik zu erarbeiten. Die ukrainischen Teilnehmer hoben hervor, dass eine wie auch immer geartete Nachbarschaftspolitik langfristig den EU-Beitritt offen halten müsse. Im Weiteren solle sie mit dem Verlauf der Transformation verzahnt werden. Dazu wurden spezielle Screeningverfahren vorgeschlagen. Gleichzeitig müsse technische Hilfe noch stärker als bisher den Weg in die EU markieren. Die Annäherung an die Union könne aber auch funktional, über wechselseitige Verflechtungen auf verschiedenen Ebenen, wie etwa dem Energie- oder Transportbereich, erfolgen und auch die unmittelbaren Grenzbeziehungen einschließlich Visa- und Transitfragen bedürfen besonderer Aufmerksamkeit.

Weitere Informationen bei Dr. Iris Kempe, Tel.: 089 – 2180 1324.

Tietmeyer verteidigt Stabilitätspakt

Ein Duell lieferten sich Italiens Europaminister Rocco Buttiglione und der frühere Bundesbankpräsident Professor Hans Tietmeyer bei der Sommer-Akademie Europa der Bertelsmann Stiftung, der Heinz Nixdorf Stiftung und des C·A·P.

Vor jungen Führungskräften aus Politik, Verwaltung, Medien und Wirtschaft stellte Buttiglione grundlegende Bedingungen des Stabilitätspakts wie die Höhe des Haushaltsdefizits zur Diskussion. So sollten etwa Infrastrukturinvestitionen aus der Neuverschuldung herausgerechnet werden. Durch diese Revision könne Italiens Defizit um 0,7 bis 1,0 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesenkt werden. Dies sei der notwendige finanzielle Rahmen, um auf Wirtschaftskrisen und Wachstumseinbrüche mit staatlichen Investitionen reagieren zu können.

Dagegen wandte sich Tietmeyer: Der Euro sei eine nicht revidierbare Realität. Der Vertrag von Maastricht habe den Transfer der Währungspolitik von der nationalen auf die supranationale Ebene beschlossen und auch die nationale Wirtschaftspolitik unterstehe supranationaler Überwachung. Der Stabilitätspakt dürfe nicht unterminiert werden, weil ansonsten das Vertrauen in die gemeinsame Währung schwinde. Um den Stabilitätspakt zu ersetzen, wäre eine weitgehende Vergemeinschaftung der Wirtschaftspolitik und eine Reform der EU-Entscheidungsstrukturen nötig. In der Frage der Finalität schloss Tietmeyer: „Europa ist ein Prozess und wir sollten diesen Prozess nicht rückwärts gehen lassen, sondern wir müssen nach Vorne schreiten.“

Weitere Informationen bei Roman Maruhn, Tel.: 089 – 2180 1305.



Das Außenministerium in Kiew. Die Ukraine möchte westliche Unterstützung auf dem Weg zu NATO-Mitgliedschaft und zum EU-Beitritt.



Warnte davor, an den Stabilitätskriterien von Maastricht zu rütteln: der ehemalige Bundesbankpräsident Professor Hans Tietmeyer (links) neben C·A·P-Direktor Professor Werner Weidenfeld.

Neues Projekt zum Rechtsextremismus

Rechtsextreme und fremdenfeindliche Gewalttaten sind im letzten Jahrzehnt drastisch angestiegen. Fremdenfeindliche Einstellungen nehmen in unserer Gesellschaft zu und Jugendliche machen sich verstärkt rechtsextremes Denken zu eigen. Immer wieder stehen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Zentrum der öffentlichen Debatte. Rechtsextremismus ist ein Angriff auf die Grundwerte unserer Verfassung und auf die Menschenwürde. Hierauf muss die Gesellschaft reagieren.

Seit Juni 2002 befasst sich das C·A·P in einem Kooperationsprojekt mit der Bertelsmann Stiftung mit diesem Thema. Neben einer weitreichenden Ursachenanalyse geht es dabei um die Umsetzung von erfolgreichen Recherchen in drei Schwerpunkten: Jugend und Bildung, Jugend und Kultur sowie Medien und Rechtsextremismus. Der letzte Bereich wird in Kooperation mit der Medienkommission von ARD und ZDF durchgeführt.

Die Recherchen werden durch eine interdisziplinäre Expertenrunde begleitet, in der akademisches Wissen und Praxiserfahrung in einen kritischen Dialog treten. Gemeinsam mit den Experten werden Handlungsempfehlungen gegen den Rechtsextremismus entwickelt und Entscheidungsträgern aus Politik und Gesellschaft vorgelegt. Das Projekt wird am C·A·P koordiniert von Dr. Viola Georgi und Britta Schellenberg.

Weitere Informationen bei Britta Schellenberg, Tel.: 089 – 2180 1334.



Rechtsextremismus ist auf dem Vormarsch. Das C·A·P erforscht Ursachen und gibt Handlungsempfehlungen an die Politik.
Foto: Toleranz-Box

Reformvorschläge für den werdenden Staat

Die EU ist ein werdender Staat, der die Herausforderung seiner Erweiterung angeht und seinen Bürgern zukünftige Sicherheit garantieren muss. Vor diesem Hintergrund hat Dr. Friedbert Pflüger, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union, im C·A·P-Forschungskolloquium die kommenden Herausforderungen deutscher Europapolitik erläutert. Nur ein integrationistisches Europa sei in der Lage, anstehende Probleme zu lösen, sagte Pflüger. Der Intergouvernementalismus sei an seine Grenzen gelangt. Pflüger forderte deshalb eine europäische Verfassung mit einem Rat als Nationalstaatenkammer, einer Kommission als europäischer Exekutive und einem Parlament als einer zweiten Kammer, die den Kommissionspräsidenten wählt. Gleichzeitig müsse die Verteidigungsintegration ausgebaut und die EU-Außenpolitik zentral koordiniert werden. Um die europapolitischen Entscheidungen Deutschlands zu optimieren, sprach sich Pflüger für die Einrichtung eines parlamentarischen Frühwarnsystems in Brüssel aus, das auf mögliche Probleme rechtzeitig hinweisen soll.

Bei seinem Besuch im C·A·P stellte Pflüger auch sein aktuelles Buch vor: Weckruf für Europa. Verfassung – Vereinigung – Verteidigung. Bouvier-Verlag 2002, ISBN: 3-416-03022-2, 239 Seiten, 19,50 Euro.

Weitere Informationen bei Dr. Manuela Glaab, Tel.: 089 – 2180 9045.



Sieht den Intergouvernementalismus an seinen Grenzen: der Vorsitzende des Europaausschusses im Bundestag Dr. Friedbert Pflüger (rechts) neben C·A·P-Direktor Professor Werner Weidenfeld.

Wie Politikberater Informationen steuern

Politikberatung heißt zuallererst Information. Intern kann sie durch die bürokratischen Gefüge bereitgestellt werden. Im Idealfall wird sie aber von Außen, etwa durch Think Tanks oder externe Berater, ergänzt. Über Rolle und Einfluss von Politikberatern und Medien auf politische Entscheidungen diskutierte die Forschungsgruppe Deutschland des C·A·P im Rahmen einer Kooperationstagung mit der Hanns-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth mit Wissenschaftlern, politischen Beratern und Journalisten. Die Tagung führte eine Konferenzserie über Grundprobleme des modernen Regierens fort – diesmal mit dem Fokus auf dem Informationsmanagement des politischen Spitzenpersonals.

„Das Interessante an einer Entscheidung ist nicht, wie sie ausfällt, sondern wie sie vorbereitet wird“, sagte Dr. Karl-Rudolf Korte von der Forschungsgruppe Deutschland. Der enge Mitarbeiterkreis der politischen Akteure besitze in seiner Beraterfunktion „Maklermacht“ bei der Ideengewinnung und der Informationsinterpretation.

Einen Einblick in die Schaltzentrale des Bundeskanzlers gab Dr. Wolfgang Nowak, Leiter der Abteilung „Politische Analysen und Grundsatzfragen“ im Bundeskanzleramt. Nowaks Aufgabe besteht darin, die tägliche Informationsflut ins Kanzleramt so zu filtern, dass der Bundeskanzler in die Lage versetzt wird, seine politischen Entscheidungen auf der Grundlage aller relevanten Sachstände zu treffen.

Welche thematische Breite das politische Management auch auf Landesebene verlangt, vermittelten Dirk Metz, Staatssekretär und Sprecher der Landesregierung Hessen, sowie Dr. Gerd Mielke, Leiter der Stabstelle Grundsatzfragen in der Staatskanzlei von Rheinland-Pfalz. Landespolitik werde zunehmend auf die Person des Ministerpräsidenten zugespielt, der damit seine Kabinettskollegen sogar aus ihren eigenen Themenfeldern verdränge. Der Einfluss der Medien werde von den Beratern mit eingeplant, die besonders auf die Imagepflege der Politiker achteten. Dr. Claus Giering (C·A·P) wies abschließend darauf hin, dass die Einbindung externer Politikberater zwar vor allem in geschlossenen Zirkeln stattfinde, aber bei der Entscheidungsfindung der politischen Akteure nicht zu unterschätzen sei.

Weitere Informationen bei Johanna Schmidt, Tel.: 089 – 2180 9084.

Gefahren des Terrorismus in Deutschland

Die Herausforderungen an die innere und äußere Sicherheit der westlichen Staaten haben sich nach dem 11. September 2001 fundamental geändert. Die Auswirkungen für Deutschland hat der Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), Dr. Rudolf Adam, im Forschungskolloquium des C·A·P erläutert. So habe der Westen in Zukunft mit einem ethnisch-nationalen, einem sozialrevolutionären, einem religiösen und einem sozialkonservativen Terrorismus zu rechnen. Internationaler und islamistischer Terrorismus entstünden dabei im Zuge der Globalisierung und westlichen Modernisierung.

Adam warnte, dass Terroristen in Zukunft vermehrt auf chemische und nukleare Mittel zurückgreifen könnten. Eine öffentliche Dramatisierung und Überbewertung der Gefahr müsse aber vermieden werden, da das im Kalkül der Terroristen liege. Für eine erfolgreiche Terrorbekämpfung seien direkte militärische und polizeiliche Reaktionen, eine organisatorische Anpassung der Institutionen und eine nachhaltige Strategie zur Prävention terroristischer Gewalttaten nötig.

Weitere Informationen bei Jürgen Turek, Tel.: 089 – 2180 1300.



Das Bundeskanzleramt in Berlin. Mitarbeiter filtern die Informationsflut für den Bundeskanzler und besitzen dabei „Maklermacht“. Foto: Junkert



Warnt vor einer Dramatisierung der realen Gefahr des Terrorismus: der Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes Dr. Rudolf Adam.

Jugendkonvent für europäische Verfassung



Auf gemeinsame Vorstellungen über die Zukunft Europas einigten sich die Teilnehmer des Jugendkonvents im saarländischen Landtag.

Die europäische Verfassung ist auch eine Sache der Jugend. Der offizielle Jugendkonvent der Europäischen Union verdeutlichte dies Anfang Juli in Brüssel. „Den jungen Menschen vorrangig Gehör zu schenken“, hatte der Konventspräsident Valéry Giscard d'Estaing in seiner Eröffnungsrede gefordert.

Die Forschungsgruppe Jugend und Europa am C·A·P hat sich die Beteiligung der Jugendlichen an europäischen Themen zum Ziel gesetzt. Bereits im Mai 2002 hat sie in Zusammenarbeit mit dem Europabeauftragten des Saarlandes und dem Landtag in Saarbrücken einen Jugendkonvent zu europäischen Themen durchgeführt. Zwei Tage lang arbeiteten dort rund 50 saarländische Schüler ihre Meinungen und Hoffnungen zur Zukunft Europas heraus. In vier Ausschüssen wurden die Bereiche „Institutionelle Fragen“, „Kompetenzen“, „Information und Öffentlichkeit“ sowie „Grundrechte“ diskutiert. Die Schüler einigten sich auf eine gemeinsame Empfehlung, die einem Expertenteam aus Politikern sowie Wissenschaftlern vorgelegt wurde. Darüber diskutierten die Jugendlichen direkt mit den Politikern des Landtags, des Bundestags und des Europaparlaments.

Der Konvent hat gezeigt, dass die Jugendlichen nicht allesamt politik- oder europaverdrossen sind, sondern bei der Ausgestaltung der zukünftigen EU mitreden können und wollen. Die im europäischen Weißbuch geforderte stärkere Beteiligung der Jugend an der Zukunftsdebatte dürfte daher nicht an mangelnder Bereitschaft der Jugendlichen scheitern. Aufgabe muss es allerdings sein, der Jugend auch über punktuelle Events hinaus permanente Mitwirkungsmöglichkeiten zu schaffen.

Weitere Informationen unter www.europawoche.saarland.de und bei Dr. Barbara Tham, Tel.: 089 – 2180 1343.

Europa der Jugend vermitteln

Die Europäische Union steht vor entscheidenden Weichenstellungen, die der Öffentlichkeit vermittelt und diskutiert werden müssen. Eine besondere Herausforderung ist es, das Interesse Jugendlicher an der Europäischen Union zu wecken. Auf der Fachtagung „Erweiterung und Zukunft der Europäischen Union“ wurden 25 Journalisten des Jugendpresseclubs eingeladen, um sich über die anstehende Erweiterung, die Konventsarbeit und die Perspektiven einer europäischen Jugendpolitik zu informieren. In dem Club sind Journalisten organisiert, die sich mit Jugendthemen befassen.

In einer Podiumsrunde diskutierten Vertreter der Beitrittskandidaten, darunter die Botschafter Estlands, Riina Ruth Kionka, und der Slowakei, Jan Foltín, Chancen und Risiken der Erweiterung. Sie sagten, dass sich vor allem die Jugend für einen EU-Beitritt ihrer Länder begeistere. Die besondere Perspektive der Jugend betonte Dr. Klaus Löffler, Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments für Deutschland. „Europa verändert die Lebensperspektiven junger Menschen entscheidend“, sagte Löffler. Eine Beteiligung der Bürger an der aktuellen Debatte über die Zukunft Europas forderten die Delegierten des Bundestages im EU-Konvent, Professor Jürgen Meyer und Peter Altmaier. Journalisten komme dabei die schwierige Aufgabe zu, den Bürgern komplexe Themen verständlich zu vermitteln.

Die Fachtagung wurde von der Forschungsgruppe Jugend und Europa des C·A·P zusammen mit dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA) und dem Jugendpresseclub Anfang Juni 2002 veranstaltet. Gastgeber war das BPA in Berlin.

Weitere Informationen bei Almut Metz, Tel.: 089 – 2180 5931.



Diskutierten über Chancen und Risiken der Erweiterung aus der Perspektive der Jugend: Klaus Löffler (Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments), Riina Ruth Kionka (Botschafterin Estlands), Klaus Martin Höfer (Journalist), Jan Foltín (Botschafter Tschechiens), Jan Sicha (Direktor des Tschechischen Zentrums München) (v.l.n.r.).

Vom Gebrauch der Zukunft

Wird es möglich sein, Entscheidungsprozesse in einer Europäischen Union mit 500 Millionen Bürgern demokratisch zu gestalten? Welche Formen von gegenseitiger Hilfe und Selbstorganisation lassen sich mobilisieren, falls die traditionelle Politik in der Bewältigung von künftigen Krisen versagt? Wie werden sich Differenzierung und Virtualisierung von Arbeitswelt, Beziehungen und Freizeitgestaltung auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt auswirken? Werden sie Einzelne überfordern?

Um diese und andere Fragen ging es in den Szenarios, die 23 junge Multiplikatoren aus der politischen Bildungsarbeit in einem C·A·P-Workshop vom 19. bis 21. Juli im Tschechischen Zentrum in München zur Zukunft Europas entwickelt haben. Ursprünglich wurde die Szenario-Methode zu militärischen Zwecken konzipiert und dann für langfristige unternehmerische Investitionsentscheidungen weiterentwickelt. Mit dieser Methode lassen sich unterschiedliche Entwicklungen in ihren Auswirkungen bis ins Detail durchspielen. Zunehmend wird sie auch für komplexe gesellschaftspolitische Herausforderungen und in der politischen Bildung eingesetzt. Auf der Veranstaltung, die die diesjährige Reihe von Szenario-Workshops der Forschungsgruppe Jugend und Europa fortsetzte und in Kooperation mit dem Netzwerk Blue-Way-Net durchgeführt wurde, standen weniger die institutionellen Fragen der aktuellen EU-Reformdebatte im Vordergrund, sondern eher die Wechselwirkungen zwischen Politik und Lebenswelt. „Szenarios sind Geschichten über die Zukunft, die Menschen bewegen, etwas zu tun“, so Ulrich Golücke von Blue-Way-Net. Szenarios zeichneten sich dadurch aus, dass sie neuartige Perspektiven eröffneten und gleichermaßen plausibel und provozierend seien. Ziel sei es, sich von statischen Zustandsbeschreibungen und deterministischen Zukunftsbildern zu lösen. Szenarios könnten auf diese Weise dazu beitragen, heute bessere Entscheidungen zu treffen, mit einer offenen Zukunft umzugehen und sich an deren Gestaltung zu beteiligen.

Weitere Informationen bei Sascha Meinert, Tel.: 089 – 2180 5930.



Szenarios können helfen, eine ungewisse Zukunft zu gestalten: Ulrich Golücke vom Netzwerk Blue-Way-Net.

Militäreinsatz unter internationaler Aufsicht

Haben die Vereinigten Staaten aufgrund ihres komplizierten innenpolitischen Systems Schwierigkeiten, internationale Verpflichtungen einzuhalten? Diese Frage inspirierte Dr. Charlotte Ku, Vizepräsidentin der American Society of International Law, zu einer Studie über „Accountability and democracy in the case of using force under international auspices“ (deutsch: Verantwortlichkeit und Demokratie im Falle von Militäreinsätzen unter internationaler Aufsicht). Als Spannungsgebiet im internationalen Recht identifizierte Ku die Tatsache, dass die internationale Gemeinschaft über die Entsendung nationaler Truppen entscheidet.

Die Frage – über ein Jahrzehnt nach dem Ende des Kalten Krieges – lautet: Welches Maß an öffentlicher Unterstützung und an Verantwortlichkeit von Regierungen sind nötig, und wie wird das innerhalb von Demokratien erreicht? Die Studie untersucht Erfahrungen der Demokratien Indien, Japan, Kanada, Norwegen, Deutschland, Frankreich, Russland, Großbritannien und USA hinsichtlich ihres Truppeneinsatzes unter internationaler Aufsicht. Ku kommt zu dem Schluss, dass es wichtig sei, die interaktive Beziehung zwischen internationalem Engagement einerseits und nationalen verfassungsrechtlichen und politischen Notwendigkeiten andererseits zu verstehen. Ku stellte ihre Studie auf dem C·A·P-Forum „Democratic Accountability of the Use of Force“ vor, das von Dr. Thomas Paulus vom Institut für Internationales Recht (Völkerrecht) der Ludwig-Maximilians-Universität München geleitet wurde.

Weitere Information bei Nicole Schley, Tel.: 089 – 2180 1338.



Charlotte Ku untersuchte die Erfahrungen von neun demokratischen Staaten mit Truppenentsendung unter internationaler Aufsicht.



Lokale Gemeinschaften werden im Zuge der Modernisierung an Bedeutung gewinnen, sagte Professor Hermann Lübke im C•A•P-Forschungskolloquium. Durch die neuen Kommunikationsmöglichkeiten werde die Bedeutung von Metropolen abnehmen und neue Zentren entstehen. Die neuen Unterschiede würden kultureller Art sein und nicht sozialer Art. Dieser Prozess wird nach Ansicht Lübkes vom Ruf nach mehr Mitbestimmung in Form von plebiszitärer Demokratie begleitet sein. Lübke hatte im Sommersemester 2002 die Eric-Voegelin-Proessur der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München inne.



Die Jury der Bertelsmann-Stiftung hat im Bundespräsidialamt zehn Gewinner des Integrationswettbewerbes ausgewählt, die am 22. August 2002 vom Bundespräsidenten Johannes Rau geehrt wurden. Leiter der Jury waren C•A•P-Direktor Professor Werner Weidenfeld und Staatssekretär Rüdiger Frohn, Leiter des Bundespräsidialamtes. Insgesamt hatten 1300 Gruppen an dem Wettbewerb mit dem Titel „Auf Worte folgen Taten“ teilgenommen.



Der Verleger Dr. Florian Langenscheidt hat im C•A•P-Forschungskolloquium über die Zukunft des Internet gesprochen und eine Wette angeboten. In zehn Jahren, so seine These, würden sich Alltag und Wirtschaft grundlegend verändert darstellen. Er präsentierte 33 Thesen zu einer rasanten Entwicklung des Internet, von denen seiner Ansicht nach in zehn Jahren mindestens 22 Realität würden. Fall dies nicht eintreffe, so Langenscheidt, zahle er ein Essen mit ihm in der „Paris Bar“ in Berlin. Die Wettfrist ist bereits abgelaufen.

Professor Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld, Direktor des C•A•P, wurde in den Aufsichtsrat der Tellux-Beteiligungsgesellschaft berufen. Die Tellux ist die Muttergesellschaft einer Gruppe von Film- und Fernsehproduktionsunternehmen sowie einer Filmverleihgesellschaft. Außerdem wurde Professor Weidenfeld Vorstandsmitglied im Ost- und Mitteleuropa Verein (OMV), der sich die Förderung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und den mittel- und osteuropäischen Ländern zum Ziel gesetzt hat. Im Kuratorium des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung wurde Professor Weidenfeld für einen weiteren Turnus bestätigt.

Yvonne Mangelsdorf hat in diesem Jahr die Redaktion des „Jahrbuchs der Europäischen Integration“ übernommen.

Eva Feldmann und **Dr. Iris Kempe** führen ein neues Kooperationsprojekt mit einer weißrussischen Vereinigung junger Politiker durch. Das Ziel besteht im Aufbau politischer Netzwerke. Die inhaltlichen Schwerpunkte „Transformation“ und „Gesamteuropäischer Dialog“ sollen mit der Ausbildung junger oppositioneller Entscheidungsträger verbunden werden. Weitere Informationen bei Eva Feldmann, Tel.: 089 – 2180 1345 und bei Dr. Iris Kempe, Tel.: 089 – 2180 1324.



Dr. Edwina Campbell, langjährige Professorin an der National Defense University in Washington und für zwei Monate Gastprofessorin am C•A•P, sprach auf dem deutsch-amerikanischen Dialog des C•A•P, der Deutsch-Atlantischen Gesellschaft und des Amerika Haus Vereins über die Beziehung zwischen den USA und Europa im Zeichen des Anti-Terrorkriegs. Dass sich die Bedrohungsperzeptionen auf beiden Seiten des Atlantiks unterschieden, sei nichts Neues, sagte Campbell. Diese Entwicklung sei bereits vor dem 11. September 2001 zu beobachten gewesen. Die USA seien sich dessen bewusst und hätten europäische Solidaritätsbekundungen im Kampf gegen den Terrorismus nicht überschätzt. Weitere Informationen unter www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/news/2002_06_campbell.htm und bei Nicole Schley, Tel.: 089 - 2180 1338.



Professor Otto Pick, Sonderbotschafter Tschechiens und Ko-Vorsitzender des deutsch-tschechischen Koordinierungsrates, sprach sich im C•A•P-Kolloquium für ein beiderseitiges Zugehen in der Frage der Benes-Dekrete aus.



Trafen sich am Rande der Tagung des Global Business Policy Council von A.T. Kearney zum Meinungsaustausch: Bundespräsident a.D. Professor Richard von Weizsäcker, der designierte Vorstandsvorsitzende der BASF, Dr. Jürgen Hambrecht und C•A•P-Direktor Professor Werner Weidenfeld (v.l.n.r.).

Europas Zukunft aus Beitrittsländer-Sicht

Der Band „Thinking Enlarged“ entwickelt kompetente Positionen der Beitrittsländer zur Zukunft der Europäischen Union. Bislang wurde die öffentliche Diskussion von den EU-Mitgliedstaaten dominiert. Diese Lücke sollen die Beiträge des Buches schließen, denn eine volle Beteiligung der Beitrittsländer an den Gesprächen über die Zukunft der Union ist nicht nur eine Frage politischer Legitimität, sie kann auch aktuelle Diskussionen in der EU um neue Perspektiven bereichern.

Die Beiträge untersuchen das institutionelle System der EU aus Sicht der Beitrittsländer und nehmen Stellung zur Diskussion über Finalität, Kompetenzabgrenzung, der Rolle nationaler Parlamente und einer Reform des Rates. Besonders wichtige Politikfelder wie die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Inneres und Justiz, Finanzverfassung sowie Agrar- und Strukturpolitik werden im Hinblick auf die Interessen der Beitrittsländer analysiert. Artikel zur Interpretation der Verstärkten Zusammenarbeit, dem Verständnis des Vertrags von Nizza und des Post-Nizza-Prozesses sowie ein gemeinsames Strategiepapier zur Zukunft der EU sollen es dem Leser ermöglichen, die Standpunkte der zukünftigen EU-Mitgliedstaaten besser zu verstehen.

Die großen Regierungserklärungen

Die großen Regierungserklärungen der Bundeskanzler reichen weiter als die zahlreichen Regierungserklärungen, die ein Kanzler im Laufe seiner Amtszeit hält. Sie beinhalten deren Programme für die kommenden Jahre und stellen ein wichtiges Führungsinstrument des Bundeskanzlers im Hinblick auf seine Partei, Fraktion, Koalition und die Öffentlichkeit dar. Dr. Karl-Rudolf Korte untersucht mit einem Autorenteam die Hintergründe und tiefere Bedeutung der vergangenen Regierungserklärungen.

Unter einheitlichen Gesichtspunkten betrachten die Autoren die großen Regierungserklärungen der Bundeskanzler und fragen nach dem Selbstverständnis des Kanzlers, das sich darin ausdrückt. Eine quantitative Analyse ermöglicht den Vergleich der Erklärungen nach Schwerpunkten und Zielrichtungen. Die großen Regierungserklärungen werden dabei kritisch untersucht und in den Kontext der Geschichte, Öffentlichkeit, Selbstverständnis des Kanzlers und Partei- sowie Koalitionsbindung gestellt. Was sie bewirkt haben, beantwortet der letzte Teil des Buches.

Zuwanderung und die EU-Erweiterung

Die Zuwanderung wird auch nach dem Gesetzbeschluss der rot-grünen Regierungskoalition noch diskutiert. Die Debatte läuft auf die Frage hinaus, mit wie viel gesellschaftlichem und politischem Engagement Deutschland ein Einwanderungsland sein kann und will, und welche Integrationsbereitschaft in der Gesellschaft besteht. Im Vorfeld der EU-Erweiterung gewinnt die Diskussion an zusätzlichem Gewicht. Asylfragen wurden im Rahmen der Drittstaatenregelung bereits Anfang der neunziger Jahre mit den Beitrittsländern geregelt, nun stehen Freizügigkeit und Arbeitsmigration auf der Tagesordnung.

Der Reader „Keine Angst vor den Nachbarn! Integration hängt von uns allen ab...“ fasst ein Symposium zusammen, das die Forschungsgruppe Jugend und Europa am C·A·P im Herbst 2001 mit der Europäischen Kommission sowie dem Generalkonsulat der Republik Polen und dem Tschechischen Zentrum in München durchgeführt hat. Der Reader greift die wichtigsten inhaltlichen Aspekte dieses Fachgesprächs auf, benennt die Herausforderungen und Probleme und stellt die relevante, aktuelle Fachliteratur im Anhang vor.



MARTIN BRUSIS, JANIS A. EMMANOULIDIS (HRSG.):
Thinking Enlarged. The Accession Countries and the Future of the European Union. Band 7 der Münchner Beiträge zur Europäischen Einigung, herausgegeben von Werner Weidenfeld.

Europa Union Verlag 2002, ISBN 3-7713-0610-8, 168 Seiten, 23 Euro



KARL-RUDOLF KORTE (HRSG.):
„Das Wort hat der Herr Bundeskanzler.“ Eine Analyse der großen Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder.

Westdeutscher Verlag 2002, ISBN 3-531-13695-x, 479 Seiten, 34,90 Euro



EVA FELDMANN (HRSG.):
Keine Angst vor den Nachbarn! Integration hängt von uns allen ab... Reader zum Zuwanderungskonzept.

München 2002, ISBN 3-933456-21-5, 94 Seiten, 8 Euro

12./13. September 2002

Dritter transatlantischer runder Tisch außenpolitischer Fachjournale zum Thema „9/11 - One Year After. New Challenges for Transatlantic Foreign Policy Making“ in Berlin. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit INTERNATIONALE POLITIK statt. Informationen unter www.cap.uni-muenchen.de/transatlantic/editors/index.htm.

29. September – 3. Oktober 2002

Erste Konferenz im Rahmen des Projekts „Europäisch-Israelisches Netzwerk“ in Brüssel und Brügge.

6. – 8. November 2002

Deutsch-niederländische Fachkonferenz zum Thema „Jugendpartizipation“ für Multiplikatoren der Jugendarbeit in München. Anmeldung und weitere Informationen unter 089 – 2180 1340.

14./15. November 2002

Deutschland-Dialog der neuen Generation zum Thema „Die Parteidemokratie auf dem Prüfstand. Trends und Optionen.“ in München.

Rechtspopulismus in Europa

Von Dr. Lars Colschen

Mit Rechtspopulismus lässt sich gegenwärtig sehr erfolgreich auf Wählerfang gehen. Rechtspopulistische Parteien konnten in den vergangenen Jahren in mehreren europäischen Ländern beachtliche Wahlerfolge erzielen. Die Liste reicht von Haider und Dewinter über Blocher und LePen bis zu Bossi und Fini. Auch in Deutschland hat jüngst Ronald Schill Erfolge an der Wahlurne verbuchen können. Erleben wir einen anhaltenden Rechtsruck in den europäischen Gesellschaften oder handelt es sich um eine kurzlebige Modeerscheinung?

Wenn auch nicht von einem homogenen ideologischen Block gesprochen werden kann, so stellen Rechtspopulisten doch ähnliche Forderungen:

- Begrenzung der Zuwanderung verknüpft mit xenophoben Warnungen und vehementer Abgrenzungsrhetorik
- Erhöhung der inneren Sicherheit verknüpft mit Autoritätsansprüchen, die den Staat über die Gesellschaft stellen
- Kürzung von Sozialleistungen zur Erhöhung der Leistungsbereitschaft
- Rückkehr zu mehr nationaler Souveränität und Stärke primär mit Blick nach Brüssel

Die extremen Forderungen enthalten drastische Kritik am Konsensmodell der etablierten Parteien sowie an der „Abgehobenheit“ ihrer Politiker. Neben gesellschaftlichen Missständen beklagen sie einen allgemeinen Werteverfall in einer sich rasant verändernden Welt. Für den Kampf gegen das bestehende System werden Feindbilder und Sündenböcke konstruiert, die in dichotomer Sichtweise als Erklärung herhalten.

Rechtspopulisten bedienen sich diffuser Ressentiments, Emotionen und Unzufriedenheiten in der Bevölkerung. Sie machen Angst und gaukeln einfache Lösungen vor, indem sie die ihnen gebotenen Plattformen des medialen Inszenierungszeitalters nutzen. Diese neue Klasse post-demokratischer Rebellen nimmt für sich in Anspruch, das auszusprechen, was viele denken, aber sich keiner zu sagen traut. Die milieübergreifend formulierten Botschaften sind geprägt von kalkulierten Tabubrüchen, Pauschalisierungen, agitatorischer Polemik und Verstößen gegen die verbalen Codes der demokratischen Mehrheitskultur. Der Machtanspruch wird oft als Notwehrreflex gegen ein unfähig-unehrliches Politikestablishment dargestellt.

Rechtspopulismus profitiert von der Repräsentationskrise und vom Versagen etablierter Parteien. Die beschleunigte Modernisierung produziert Gefühle der Unsicherheit und Orientierungslosigkeit. Vielfach geht die Furcht vor sozialem Abstieg um. Die desintegrierenden Wirkungen der Globalisierung tragen mit einem wachsenden Bedeutungsverlust des Nationalstaats, ökonomischer Instabilität und steigender sozialer Ungleichheit zu einer Demokratieentleerung bei. Unter diesen Bedingungen können populistische Parteien gedeihen. Die Wahlergebnisse sind aber nur ein Teil der Betrachtung. Feststellbar ist auch eine veränderte Grundatmosphäre in den Gesellschaften. Rechtspopulisten haben sich als erfolgreich erwiesen, Stimmungen zu verändern. Die massenmediale Verbreitung ihrer polarisierenden Gedankenwelten wirkt auf öffentliche Debatten enttabuisierend. Sie verändert Sprache und Ton in Politik und Gesellschaft spürbar. Zudem greifen etablierte Parteien rechtspopulistische Themen teils mit ähnlicher Emotionalität auf. Hier liegen die eigentlichen Gefahren. Rechtspopulismus wird nicht von allein verschwinden. Soll er nicht zum festen Bestandteil des politischen Systems werden, dann wären nicht die selbsternannten Volkstribune, sondern der populistische Nährboden in den Gesellschaften insgesamt der Ansatzpunkt für Gegenstrategien.

C·A·PANORAMA

erscheint drei bis vier Mal jährlich und wird herausgegeben vom
 Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)
 Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld
 Maria-Theresia-Straße 21
 81675 München
 Tel.: 089/2180-1300, Fax: 089/2180-1329
 E-Mail: cap.office@lrz.uni-muenchen.de
www.cap.uni-muenchen.de
 V.i.S.d.P.: Jürgen Turek
 Redaktion und Layout: Andre Tauber
 Schlussredaktion: Eva Feldmann, Roman Maruhn,
 Andre Tauber
 Druck: Bartels&Wernitz Offset Druck, Friedenstr. 4,
 81671 München